

INHALT

1. Rot/Grün/SSW will viel mehr Schulden machen!
2. Startschuss für UKSH-Sanierung
3. Vorplanungsauftrag für östliche S-4-Achse vergeben
4. Dithmarschen knackt 1000 Megawatt-Marke

02.03.2012

Rot/Grün/SSW will viel mehr Schulden machen! Ausführungsgesetz zur Schuldenbremse im Finanzausschuss beschlossen



Tobias Koch, MdL

Der in der Landtagssitzung der vergangenen Woche breit diskutierte Gesetzesentwurf der Landesregierung zur Umsetzung der Schuldenbremse hat diese Woche den Finanzausschuss passiert. In der Anhörung wies der Landesrechnungshof darauf hin, dass dieser einen ausreichenden aber auch notwendigen „Puffer“ enthalte, um die Einhaltung der Verwaltungsvereinbarung zur Konsolidierungshilfe sicher zu stellen. CDU-Finanzexperte Tobias Koch: „Diesen Puffer brauchen wir, um nicht in schlechten Zeiten sofort über die in der Vereinbarung mit dem Bund festgelegte Obergrenze zu kommen“.

Genau diese Obergrenze wollten die Oppositionsfractionen SPD, Grüne und SSW in ihrem Gegenentwurf deutlich höher ansetzen. Koch betonte, der Landesrechnungshof habe in seiner Stellungnahme zu Recht festgestellt, dass einmal gegebene Spielräume aller Erfahrung nach auch ausgenutzt würden. „Somit hat uns der Landesrechnungshof dankenswerterweise darin bestätigt, dass Vorsicht geboten ist“, erklärte der Finanzexperte.

Der Oppositionsentwurf reize den Spielraum der Bundesregelung bis zum letzten Cent aus. Damit bleibe keinerlei Puffer für schlechte Zeiten. Die Wortmeldungen der Opposition in der

Ausschusssitzung hätten dann auch bereits deutlich gemacht, dass der Forderung nach höheren Kreditobergrenzen die klare Absicht zugrunde liege, mehr neue Schulden aufzunehmen.

Koch stellte klar, dass der Gesetzentwurf der Opposition gegenüber der derzeitigen Finanzplanung der Landesregierung eine zusätzliche Verschuldungsmöglichkeit von rund 1,8 Milliarden Euro einräume. Absicht der CDU-Fraktion sei es, die Neuverschuldung bis 2014 auf unter 400 Millionen Euro abzusenken und damit die Kreditobergrenzen des Ausführungsgesetzes deutlich zu unterschreiten.

Startschuss für UKSH-Sanierung

Vergabeverfahren an privaten Investor im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft eingeleitet



Daniel Günther, MdL

Ab 2014 soll am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein mit der lange erwarteten baulichen Sanierung begonnen werden.

„Wissenschaftsminister Jost de Jager macht Nägel mit Köpfen: Der über Jahrzehnte aufgebaute Sanierungsstau im UKSH kann endlich abgebaut werden. Für die mehr als 10.000 Beschäftigte sind das drei klare Botschaften: Wir stehen zum einzigen Maximalversorger im Land, wir stehen zu den Aufgaben der Forschung und Lehre an beiden Standorten, und wir stehen zum Verbleib des UKSH in öffentlicher Hand“, erklärte dazu der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Daniel Günther, in Kiel.

Die Sanierungs- und Baukosten für die Einrichtungen der Krankenversorgung sollen von einem privaten Investor getragen werden. In dieser Woche wurde der Startschuss für das Vergabeverfahren gegeben. Mit einem Zuschlag an einen Investor sei Ende 2013 zu rechnen. Das UKSH pachtet dann die Gebäude. Das Modell soll sich dadurch tragen, dass die Pacht-Entgelte an den Investor aus den Effizienz-Steigerungen der modernisierten UKSH-Immobilien finanziert werden. Dafür müssen die Rationalisierungsprozesse konsequent fortgesetzt werden.

Die Finanzierung der Sanierung der Lehr- und Forschungseinrichtungen über 160 Millionen Euro übernimmt das Land dabei unter finanzieller Beteiligung des UKSH. Die Hälfte dieses Betrags wird von 2014 bis 2021 aus dem Landeshaushalt erbracht, jeweils 40 Millionen Euro kommen aus dem Zuschuss für Forschung und Bildung sowie aus dem Haushalt des UKSH.

„Gemeinsam mit der Einigung zwischen den Universitäten Kiel und Lübeck und dem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein auf ein Holding Modell sind damit die drängendsten Herausforderungen für das UKSH gelöst worden. Das wird für eine neue Aufbruchsstimmung sorgen“, so Günther.

Fakten zur baulichen Sanierung des UKSH finden Sie unter:

http://schleswig-holstein.de/MWV/DE/Service/Presse/PI/PDF/2012/120229_Hintergrund_UKSH_blob=publicationFile.pdf

Vorplanungsauftrag für östliche S-4-Achse vergeben **Weiterer Schritt zur S4 von Itzehoe über Oldesloe nach Hamburg getan**



Hans-Jörn Arp, Mdl

Der Steinburger Landtagsabgeordnete und verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hans Jörn Arp, hat den in dieser Woche durch das Verkehrsministerium vergebenen Vorplanungsauftrag für die östliche S-4-Achse zwischen Hamburg, Ahrensburg und Bad Oldesloe begrüßt:

"Der Ausbau der S4 von Bad Oldesloe über Hamburg bis nach Itzehoe ist eines der zentralen Schienenverkehrsprojekte in Schleswig-Holstein. Um die kommenden Verkehrsaufkommen bewältigen zu können, ist diese Maßnahme zwingend notwendig. Ich begrüße deshalb sehr, dass wir jetzt den nächsten konkreten Planungsschritt realisieren können," so Arp in Kiel.

Neben der bestehenden Bahnstrecke sollen nun zusätzliche Gleise für den S-Bahn-Verkehr einschließlich neuer Stationen geplant werden. Dazu gehören umfassende Lärmschutzmaßnahmen und die Anpassung zahlreicher Bahnübergänge. Noch im Laufe des Jahres soll eine ähnliche Vorplanung für die später zu realisierende Weststrecke der S4 zwischen Hamburg-Altona und Itzehoe/Kellinghusen beginnen. Der diese Woche vergebene Vorplanungsauftrag wird auf 1,8 Millionen Euro taxiert.

Hans-Jörn Arp erinnerte daran, dass die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag bereits vor Jahren als erste politische Kraft im Norden einen Antrag auf Realisierung der S4 als „Schaukel“ zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein eingebracht hatte. „Ich bin froh, dass dieses Projekt mittlerweile in Hamburg und Schleswig-Holstein so breite politische Unterstützung erfährt, dass wir die konkrete Realisierung in Angriff nehmen können“, erklärte der Verkehrsexperte.

Innerhalb eines Jahres soll das für die gesamte Metropolregion Hamburg wichtige Projekt entscheidungsreif gemacht werden. Dabei geht es um Angaben zum Investitionsbedarf für die 35,8 Kilometer lange Strecke Bad Oldesloe – Hamburg-Hasselbrook ebenso, wie um die Planung von zwei neuen S-Bahn Gleisen zwischen Bargteheide und Hasselbrook. Auf Basis der nun erfolgenden Vorentwurfsplanung soll mit dem Bund dann über die konkrete Finanzierung des 350 Millionen Euro- Projekts verhandelt werden. „Aufgrund der breiten Unterstützung in der Region und den positiven Signalen des Bundes in den vergangenen Monaten bin ich zuversichtlich, dass die Realisierung bald kommen wird“, so Arp abschließend.

Dithmarschen knackt 1000 Megawatt-Marke **Kein anderer Kreis im Land produziert mehr aus regenerativer Energie**



Jens-Christian Magnussen, MdL

Im Kreis Dithmarschen hat die installierte Leistung aus erneuerbaren Energien die 1000-Megawatt-Marke überschritten. Das ist mehr als die Leistung des Kernkraftwerkes Brunsbüttel (806 MW). „Das spricht Bände. Hier in Dithmarschen ist die Energiewende endgültig angekommen“, sagte dazu der regionale Landtagsabgeordnete und CDU-Energieexperte Jens-Christian Magnussen. Er wies darauf hin, dass Dithmarschen bereits in den 70er Jahren mit dem „Growian“ die Keimzelle der Windenergie gewesen sei. Mit der Firma Garrad Hassan (früher Windtest) sei ein maßgeblicher Player der Windenergieszene im Kaiser-Wilhelm Koog ansässig.

Damit die 1000 Megawatt erreicht werden, müssen sich allerdings alle Windräder drehen, die Sonne muss scheinen und in allen Biomasse-Anlagen müssen die Gärprozesse optimal ablaufen. „Um Schwankungen in der Stromproduktion auszugleichen, ist eine Verbesserung der Speichermöglichkeiten dringend erforderlich“, so Magnussen.

Ein weiteres Problem sei der Abtransport der Energie über das Leitungsnetz: „Der Ausbau muss vorankommen, ansonsten drehen die Windräder leer“, so der Energieexperte. Er begrüße daher, dass die Schleswig-Holstein Netz AG in den kommenden Jahren allein in Dithmarschen 30 Millionen Euro in ihre Netze investieren will. „Für eine Übergangszeit ist auch die Nutzung von Kleinspeichermöglichkeiten zu prüfen, um regional die Grundlast zu sichern. Für uns hier in der Region liegt in der Energiewende eine Riesenchance. Ob sie gelingt wird auch zu einem Großteil hier an der Westküste entschieden“, so Magnussen abschließend.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de